

eine  
Ger-  
82,50  
agen-  
rben  
shnen  
gelbe  
16,50;  
meine  
der  
n ge-  
reich-  
e ein-  
cht ist  
f den  
eichen,  
dschaft  
bleibt  
Länd-  
schaf-  
tügen.  
- und  
g auf-  
Stiere,  
en für  
e, Kal-  
e das  
weine  
er 85  
Paar  
geblich  
MM.  
he 26.  
renäl-  
he 28.  
- No-  
bis 800  
albeln  
en um  
gen Ver-  
g und  
eigend  
nen mit  
wir schon  
ahre die  
uns ent-  
en ange-  
längere  
enut die  
Guboda,  
er, Jahn  
Verlaufs  
und  
Juli,  
Suli  
gannte  
origen  
att:  
att!

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50%, Zuschlag

Für Plakatschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Geschäftsstand**  
für beide Teile ist Calw



**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

# Das Schicksal des Deckungsprogramms

## Schärfster Widerstand der Sozialdemokratie — Die Demokraten stellen Bedingungen

**U. Berlin, 11. Juli.** Zu dem Kampf um das Deckungsprogramm der Reichsregierung und die geplanten Ergänzungsvorschläge erfährt die Telegraphenunion von unterrichteter Seite, daß das Reichskabinett von sich aus keine Parteiführerverhandlungen mehr abzuhalten gedenkt. Die ursprünglich für Donnerstag in Aussicht genommene gemeinsame Unterzeichnung der Initiativanträge zur Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und zur Einführung der Gemeindebürgerabgabe ist nicht erfolgt. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß nunmehr im Verlaufe der weiteren Beratungen des Steuerausschusses einzelne Ausschußmitglieder von sich aus die entsprechenden Anträge einbringen werden, ebenso wie vermutlich auch die Demokraten ihren bekannten Antrag auf Einführung einer Gemeindegetränksteuer vorbringen werden. Der Steuerausschuß hätte dann über die Anträge zu entscheiden. Man nimmt an, daß sich für die Begrenzung der Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung ebenso eine Mehrheit findet, wie für die Einführung einer Gemeindebürgerabgabe, während der demokratische Antrag auf eine Schankverzehrssteuer fallen dürfte.

### Beginn der Beratungen im Steuerausschuß.

Der Steuerausschuß des Reichstages begann am Donnerstag die Beratung der Deckungsvorlagen. In der allgemeinen Ansprache wurde von den Demokraten erklärt, daß ihre Haltung zu den einzelnen Vorlagen noch keine Bindung für die Stellungnahme zum gesamten Regierungsprogramm darstelle. Der Redner der Deutschen Volkspartei erklärte kurz, daß seine Partei dem Deckungsprogramm nur zustimmen könne, wenn die vereinbarten Ergänzungen durchgeführt werden. Vom Zentrum wurde der dringende Wunsch zum Ausdruck gebracht, auf parlamentarischem Wege eine Lösung zu finden und die Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlagen zurückzustellen. Der deutschnationale Redner nannte die vorliegenden Gesetze ein Flickwerk, zu dem die ablehnende Haltung der Deutschnationalen bereits in der Volkversammlung begründet worden sei. Von den Demokraten wurde dann beantragt, von der Reichshilfe die in den Behörden Angestellten freizulassen, die der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen. Reichsfinanzminister Dietrich wandte sich gegen diesen Antrag und verteidigte nochmals die Deckungsvorlagen der Regierung mit der Notwendigkeit, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen. Die Regierung wolle gar nicht künstlich ein „Dumckim“ herstellen, denn es sei durch die Natur der Dinge gegeben. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die Dörfel und andere große Vorlagen seien nicht möglich, wenn die Reichskasse leer sei. Wenn die

Deckungsvorlagen vom Reichstag abgelehnt würden, die Arbeitslosenversicherung zusammenbrechen und das Land durch Unruhen erschüttert werde, dann werde das Volk den Reichstag verantwortlich machen für das aus seinem Verlagen entstandene wirtschaftliche Chaos. In der weiteren Ansprache erklärte der Vertreter der Volkskonservativen, daß man in der jetzigen Notzeit den Mut haben müsse, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen. Trotz mancher Bedenken sollte man die vorliegenden Entwürfe verabschieden. Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß sie auch heute zur Mitarbeit an der finanziellen Sanierung des Reiches bereit seien, daß sie aber eine sachliche Prüfung ihrer Vorschläge verlangen müßten. Schließlich wurde von der Bayerischen Volkspartei erklärt, daß man mit der Bürgersteuer ein schlechtes Geschäft machen werde. Ein sozialdemokratischer Antrag, sofort einen Unterausschuß einzusetzen, dem bis Anfang nächster Woche durch die Regierung das Programm der Ersparnisse für den Haushalt 1930 vorgelegt werden soll, wurde mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Paragraph 1 des Reichshilfegesetzes wurde darauf mit 12 gegen 7 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

### Schärfster Widerstand der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit der durch die Deckungsvorlagen der Regierung, die Anträge der Regierungsparteien über die Einschränkung der Darlehenspflicht des Reiches bei der Arbeitslosenversicherung, die geplante Einführung der Kopfsteuer und die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses geschaffenen Lage. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß alle diese Maßnahmen, die die Lasten der Wirtschaftskrise fast ausschließlich den unteren Volksschichten aufbürdeten, den schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie herausforderten.

### Die Haltung der Demokraten.

Der demokratische Reichsparteivorstand hielt gestern im Reichstage eine Sitzung ab, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Reinhold über die politische Lage berichtete. Er stellte fest, daß die Deckungsvorlagen durch das Entgegenkommen an die Rechte in einer Weise verschlechtert worden seien, die der demokratischen Fraktion eine Zustimmung wahrscheinlich unmöglich machen werde. Die Demokraten wollten die unbedingt notwendige Sanierung der Gemeindefinanzen durch eine wahlweise zu verwendende Schankverzehrssteuer herbeiführen. Einmütig wurde in der Ansprache zum Ausdruck gebracht, daß eine Kopfsteuer aus sozialen und finanziellen Gesichtspunkten abzulehnen sei.

# Die schwerste Grubenkatastrophe seit 1908

## 162 Todesopfer im Neurode Bergwerksrevier

**U. Neurode, 11. Juli.** Die Verwaltung der Wenzelsgrube gibt neue Zahlen über die Belegschaften, die zur Zeit des Kohlenstauraubsturzes in den Schächten waren, sowie über den Ausgangspunkt der Katastrophe aus. Danach arbeiteten im Gesamtschacht 295 Arbeiter, davon waren ungefähr 14, so daß 281 übrig blieben, die im Einbruchsbereich arbeiteten. Davon sind 10 lebend gerettet worden und konnten sich sofort in ihre Wohnungen begeben. Verletzt ins Lazarett gebracht wurden 49 Mann, so daß also insgesamt 59 Mann gerettet worden sind. Tot sind 162 Bergarbeiter, und zwar 93 Mann der eingeschlossenen 17. Abteilung, 55 Mann der 18. Abteilung, 9 Mann, die im Schacht beschäftigt waren, 1 Mann bei der 3. Maschinenabteilung und 4 Beamte.

Die Gase sind zum großen Teil abgezogen, so daß jetzt ohne Gasmaske an die Rettungsarbeiten gegangen wird.

In der Grubenkatastrophe bei Neurode wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, das Unglück stehe einzigartig da. Es gebe nur 4 Gruben in ganz Deutschland, in denen Kohlenstauraubausbrüche vorkämen. In diesen Gruben habe die Gefahr der Ausbrüche in den letzten Jahren zugenommen. Im Jahre 1929 hätten auf der Wenzelsgrube 31 Kohlenstauraubausbrüche stattgefunden. Unglücksfälle seien dabei nicht vorgekommen. Der letzte Ausbruch habe die vielfache Stärke der bisherigen Ausbrüche gehabt. Die Sicherheitsmaßnahmen beständen darin, daß von sicherer Stelle aus Sprengschüsse abgegeben würden, durch die das Gebirge erschütterte werde, wodurch die Kohlenstauraub zum Ausbruch komme. Die Gasschutzgeräte der Rettungsmannschaften hätten sich, soweit bisher festzustellen sei, gut bewährt, da niemand durch die Kohlenstauraub zu Schaden gekommen sei. In den nächsten Tagen werde an zuständiger Stelle über eine evtl. Stilllegung der betroffenen Abteilung der Wenzelsgrube beraten werden.

Die Reichsregierung und die preuß. Regierung haben dem Grubenvorstand und dem Betriebsrat anlässlich des schweren Unglücks ihr herzlichstes Beileid ausgesprochen. Der Reichspräsident hat sofort als erste Spende 10 000 Reichsmark und das preuß. Staatsministerium 100 000 Reichsmark überwiesen.

Das Grubenunglück in Hausdorf bei Neurode ist das schwerste Bergwerksunglück, das seit der Kohlenstauraubexplosion auf der Zeche Raddorf bei Hamm im Jahre 1908 mit 360 Toten Deutschland heimsuchte. Folgende schwere Bergwerksunglücke sind seit diesem Jahr zu erwähnen: 1912: Schlagwetterexplosion in Bochum (117 Tote); 1921: Kohlenstauraubexplosion auf der Zeche Mont Cenis bei Hamm (79 Tote); 1923: Kohlenstauraubexplosion in der Heynigrube bei Bentzen (112 Tote); 1925: Kohlenstauraubexplosion auf der Zeche Minister Stein bei Dortmund (135 Tote).

### Trauerkundgebung im Reichstag.

In der Donnerstagssitzung des Reichstages gedachte Präsident Voelke in einer Trauerkundgebung des schweren Grubenunglücks in Hausdorf. Er forderte eine genaue Untersuchung der Ursache der Katastrophe, sprach den Opfern die Teilnahme des Reichstages aus und gab die Versicherung ab, daß den Betroffenen aus öffentlichen Mitteln Hilfe zuteil werden müsse.

Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Angeichts der Bergwerkskatastrophe auf der Wenzelsgrube bei Hausdorf richten wir an die Reichsregierung das Ersuchen: 1. mit größter Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen, 2. alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern, 3. für eine ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen Sorge zu tragen.

# Tages-Spiegel

Der Steuerauschuß des Reichstages begann gestern mit der Beratung der Deckungsvorlagen. Während die Sozialdemokraten diesen schärfsten Widerstand entgegensetzten, sind die Demokraten zur Zustimmung bereit, wenn eine Schankverzehrssteuer in die Vorlagen aufgenommen wird.

Der Reichstag nahm das Brotgesetz in dritter Lesung an. Die Regierungsparteien haben ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen des Bergwerksunglücks in Neurode beantragt.

Die Bergwerkskatastrophe in Mittelschlesien hat nach den letzten Feststellungen 162 Todesopfer gefordert.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages stimmte dem Gesetzentwurf über die Vermählung des Inlandweizens zu, wonach der Vermählungszwang, der am 31. Juli außer Kraft tritt, auf unbestimmte Zeit verlängert wird.

Der Reichsrat hat auf Antrag Preußens Einspruch gegen das Amnestiegesetz erhoben; die Vorlage geht nun wieder an den Reichstag zurück.

Der Kongreß der zweiten Internationale in Stockholm hat beschlossen, den Sitz der zweiten Internationale von Amsterdam nach Berlin zu verlegen.

# Erhöhung der Personentarife der Reichsbahn ab 1. September

**U. Berlin, 11. Juli.** Ueber die Tarifierhöhung der Reichsbahn wird eine amtliche Erklärung veröffentlicht, in der es unter anderem heißt:

Der Antrag der Reichsbahn auf eine mäßige Erhöhung der Personentarife ist Gegenstand eingehender Erwägung der Reichsregierung gewesen, wobei die Reichsregierung auch auf die Wirtschaftslage im allgemeinen Rücksicht nehmen mußte. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, der beantragten mäßigen Erhöhung zuzustimmen mit der Maßgabe, daß sie erst am 1. September in Kraft tritt. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß der Mehrertrag, der der Reichsbahn aus dieser Erhöhung zufließt, auf 65 Millionen Mark geschätzt werden kann. Da die Erhöhung des Stückguts, der Expresstgut- und Gepäcktarife nach der Meldung der Reichsbahn 70 Millionen Mark bringt, sind im ganzen der Reichsbahn 195 Millionen Mark an Tarifierhöhungen bewilligt.

Die Erhöhung der Personentarife wirkt sich wie folgt aus: Der zurzeit 3,7 für den Kilometer betragende Fahrpreis der 3. Wagenklasse wird auf 4 Pfg. erhöht. Der Preis der 2. Klasse steigt von 5,8 auf 5,8 Pfg. für den Kilometer, der Fahrpreis der 1. Wagenklasse von 11,2 auf 11,6 Pfg. Die Preise der Zuschlagskarten für 3D-, D- und Eilzüge bleiben unverändert.

Mit der Erhöhung des Einheitsfahres der 3. Klasse auf 4 Pfg. muß auch eine Erhöhung des Einheitsfahres der Zeitkartenpreise erfolgen. Die Zeitkarten selbst bleiben um fast 10 Prozent unter den neuen Kilometerpreisen der allgemeinen 3. Klasse zurück. Bei den Zeitkarten der 2. Klasse erfolgt eine entsprechende Schonung nicht. Bei diesen werden die Einheitsfähre der Zeitkarten, ebenso wie die der Einzelkarten erhöht. Die Bahnsteigkarten werden von 10 auf 20 Pfg. erhöht.

# Die deutsche Antwort an Briand

**U. Berlin, 11. Juli.** Am Donnerstag nachmittag fand zum Zwecke der Feststellung der deutschen Antwort auf Briands Paneuropadenschrift eine kleinere Ministerbesprechung statt, an der der Reichskanzler, Reichsaußenminister Dr. Curtius, Reichsinnenminister Dr. Wirth und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, teilnahmen.

Wie die Telegraphenunion erfährt, dürfte die deutsche Antwort auf Briands Paneuropamemorandum den Gedanken der paneuropäischen Union zwar grundsätzlich bejahen, im übrigen aber im wesentlichen vorfichtig ablehnen gehalten sein. Die deutsche Regierung dürfte jedenfalls die Zustimmung zur paneuropäischen Union von einer Reihe von Punkten abhängig machen, so u. a. von der Durchführung der europäischen Abrüstung und der Revision der Friedensverträge.

# Die Rheinlandreise Hindenburgs

**U. Berlin, 11. Juli.** Auf seiner Reise durch das geräumte Rheinland, die vom 18. bis zum 23. Juli stattfindet, wird der Reichspräsident die Städte Speyer, Neustadt a. S., Weidenheim, Dürkheim, Ludwigshafen, Mainz, Wiesbaden, Eltville, Bingen, Kreuznach, Koblenz, Trier und Aachen besuchen.

# Wehr und Reich

Von Dr. Ernst Müller-Meinigen, Senatspräsidenten am Obersten Landesgericht i. R.

Die Reichsregierung hat auf Grund des Art. 19 der Völkerbundfassung und der folgenden Erwägung die Pflicht, die Frage der Rüstungsbeschränkung bzw. der entsprechenden Aufrüstung des deutschen Heeres gerade jetzt anzuschneiden.

Seider hat das Reich zugestimmt, daß erst die Frage der Seerüstung in dem vorbereitenden Ausschusse des Völkerbundes erörtert wird. Das ist geschehen. Jetzt ist der Weg frei für eine Behandlung der Frage der Rüstungsbeschränkungen zu Lande im Sinne des Art. 8 der Völkerbundfassung. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder allgemeine Abrüstung oder unsere eigene „Aufrüstung“. Entweder erfüllen Frankreich und die anderen Staaten endlich und ehrlich den freilich sehr unklaren Grundsatz des Art. 8, „die Verabreichung der Rüstungen auf das Mindestmaß, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen vereinbar ist“. Dann hat der Rat die Abrüstungspläne endlich ernstlich zu entwerfen und den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen. Für den Ablauf des Jahres 1920 ist aber vor allem der Absatz 3 l. c. von größter Bedeutung: „Von zehn zu zehn Jahren sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Verrückung zu unterziehen.“ Schon die ungeheuren Rüstungen der Sowjets vor allem in industrieller und sonstiger Richtung machen eine solche Prüfung für das fast wehrlose Deutschland zur Pflicht des Völkerbundes, der nun endlich einmal mit der Erörterung von Möglichkeiten Schluß machen und die schwierigsten und wichtigsten Fragen für Europas Sicherheit behandeln müßte. Ja, müßte!

So kommen wir, da mit der „Abrüstung“ in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, zur zweiten Möglichkeit: Die jetzige deutsche Wehrmacht von 100 000 Mann lang dienender, völlig ungenügend beaffneter Soldaten hat keine Reserven. Sowjetrußland wie Frankreich und seine Vasallenstaaten, bis an die Zähne bewaffnet, schließen ringsum das wehrlose Deutschland ein. Bis jetzt hatte Deutschland in den im Kriege und vor dem Kriege ausgebildeten Beständen noch ansehnliche Menschenreserven zur Verfügung. Trotz der Entwaffnung befähigt also Deutschland noch eine gewisse menschliche Widerstandskraft. Diese Reserven verschwinden jetzt in zunehmendem Tempo. In einigen Jahren ist Deutschland durch Ueberalterung zur Verteidigung seiner Grenzen — 100 000 Mann gegen mindestens 10 1/2 Millionen bestausgerüsteter Soldaten — unfähig und tatsächlich völlig wehrlos jeder Willkür seiner Nachbarn sowie den Gefahren des Kommunismus ausgeliefert. Wenn die demokratische Republik den furchtbaren Ernst der Lage nicht bald erkennt und vor allem die Folgerungen gegenüber dem Völkerbund, dessen lebenswichtigste Interessen sie vertritt, zieht, geht Europa mit uns dem Untergange entgegen: Deutschland muß, da

von einer Abrüstung bei Sowjetrußland so wenig die Rede sein kann wie bei den Deutschland umgebenden Staaten, eine gleichwertige Bewaffnung seiner Wehr und mindestens einen so hohen Stand seiner Reserven erhalten, daß andere Völker nur unter der Gefahr eigener schwerer Opfer es wagen können, Deutschland anzugreifen: Wir brauchen die allgemeine Wehrpflicht auf Grund eines Militärsystems, auch wenn wir mit einer sechsmonatigen Dienstzeit auskommen müssen. Als Vorbild könnte das Schweizer Wehrsystem dienen. Die deutsche Reichsregierung hat die dringende moralische und — heute auf Grund des Art. 8 Absatz 3 l. c. — rechtliche Verpflichtung, in aller Form dieses Verlangen an den Völkerbund zu stellen, auf das Dringliche dieses Verlangens immer und immer wieder hinzuweisen und weiter in ihrer innenpolitischen Einstellung alles zu tun, um die Vorurteile der Linksparteien gegen eine solche reine Defensiv-Wehrpolitik zu überwinden und die ungeheuren Gefahren für den Bestand des Freistaats bei der jetzigen Wehrlosigkeit Deutschlands dem ganzen Volke zu schildern. Die Waffen gehören in einem geordneten Staatswesen nicht in die Hände von Parteien. Das erkennen wir an und haben nach dieser Erkenntnis gefordert. Aber dann muß dieser Staat auch die Gewähr um jeden Preis schaffen, daß die Waffen orts- und zeitgemäß genügen, um leistungsfähige Angriffe auf Weib und Kind, auf Haus und Hof der Bürger und auf die Grenzen des Reiches abzuwehren. Freilich, ohne „wehrhaften Geist“ wird alles umsonst sein! Seine Pflege ist erste staatsbürgerliche Pflicht der Republik! Das muß erster Glaubenssatz des jungen deutschen Staatsbürgers werden! Der heutige Mangel dieses „wehrhaften Geistes“, ohne den auf die Dauer kein Staat bestehen kann, am wenigsten eine demokratische Republik, die auf der Verantwortlichkeit ihrer Staatsbürger aufgebaut ist, ist niederdrückend.

Wir sind fest davon überzeugt, daß Herr Briand mit Freuden auf einen diesbezüglichen Antrag der Reichsregierung beim Völkerbund eingehen wird. In seinem neuen Europa-Memorandum betont er immer wieder die Notwendigkeit der Herstellung und Wahrung der vollen Souveränität aller Staaten, die seine „Europa-Union“ bilden sollen. Hier kann er zeigen, ob es ihm Ernst ist mit seiner Deklamation von „absoluter Selbständigkeit“, von der „gesamten politischen Unabhängigkeit“ und von der „Gleichheit der Rechte“ aller dieser Staaten. Hier kann auch die Reichsregierung, die sich bis zum 15. Juli äußern soll, die richtige Antwort geben, ohne auf die taktisch sehr gefährlichen Einzelheiten einzugehen: Schafft erst die selbst anerkannten Voraussetzungen zur „Europa-Union“! Dann erst können wir über die Einzelheiten ernsthaft reden.

## Die Gehälter bei der Reichsbahn.

Der Verkehrsanschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen, die die Durchführung des Baues verschiedener Eisenbahnlinien zum Ziele haben und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn enthalten. Reichsverkehrsminister von Guérard erklärte zur Frage der Höhe der Gehälter der leitenden Reichsbahnbeamten, daß er sich mit der Bitte um Auskunft an die Reichsbahn gewandt habe, und daß er in öffentlicher Rede darauf zurückkommen werde, sobald er die Antwort erhalten habe. Schon jetzt könne er sagen, daß diese Gehälter ein Vielfaches der Gehälter der höchsten Reichsbeamten betragen.

## Kriegsbeschädigtenfragen.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtefragen führte die Beratung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz zu Ende. Die Vorlagen wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorschläge angenommen. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß praktisch neue Anträge auf Rentenverfugung nicht mehr zugelassen werden sollen. Ferner sollen die Rückzahlungsmöglichkeiten so eingeschränkt werden, daß die Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes innerhalb von etwa zwei Jahren im wesentlichen abgeschlossen sein wird. Von der Regierung wurde eine Erklärung abgegeben, daß sie Elternbeihilfe und Kriegsbeschädigtenrenten in gewissen Fällen noch im Wege des Härteausgleichs gewähren wolle. Das rückwirkende Inkrafttreten der Vorlage ab 1. April wurde vom Ausschusse gestrichen.

## Um die Aufwertungshypotheken.

Der Rechtsausschuß des Reichstages erledigte den Gesetzentwurf über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken auch in zweiter Lesung. In einer Entschließung brachte der Ausschuss zum Ausdruck, daß eine Erhöhung der gesetzlichen Miete wegen der auf Grund des Gesetzes erfolgenden Erhöhung des Hypothekenzinses nicht eintreten soll, vielmehr soll nach einer zweiten Entschließung, die auf Grund des Gesetzes eintretende Erhöhung des Zinsfußes durch eine entsprechende Senkung der Hauszinssteuer ausgeglichen werden.

## Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost

Am Berlin, 10. Juli. Der Verwaltungsrat der Reichspost führte seine Tagung zu Ende. Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde ein Antrag angenommen, den der Reichspostminister ersucht, bei der Vergebung der Aufträge die einzelnen Länder entsprechend zu bedenken, das Handwerk und Gewerbe angemessen zu berücksichtigen und durch Aufteilung der Aufträge in möglichst kleinere Abschnitte diesen Kreisen die Beteiligung zu erleichtern, sofern dies ohne Erhöhung der Preise und Kosten für die Reichspost möglich ist. Der zweite Nachtrag zum Haushaltsplan wurde genehmigt und dem Minister die Ermäch-

tigung erteilt, weitere Schabanweisungen bis zu einem Betrage von 100 Millionen zu begeben. Der Verwaltungsrat genehmigte dann noch eine Änderung der Fernsprechanordnung, die eine Verbilligung des Fernsprechnetzes nach und von Ostpreußen betrifft. In Zukunft soll bei der Errechnung der Entfernung der Korridor nicht mitgerechnet werden.

## Kleine politische Nachrichten

Moldenhauers Pensionsgesuch vorläufig zurückgezogen. Das Pensionsgesuch des ehemaligen deutschen Finanzministers Dr. Moldenhauer, das auf der heutigen Tagesordnung der Reichstagsitzung stand, ist abgesetzt worden. Von einer Zurückziehung des Gesuches ist jedoch, wie von amtlicher Stelle verlautet, nichts bekannt. Es ist anzunehmen, daß Dr. Moldenhauer zunächst nur um die Zurückstellung der Angelegenheit gebeten hat. Wie weiter von amtlicher Stelle versichert wird, ist von Dr. Moldenhauer die Gewährung der Ministerpension, wie das auch sonst üblich sei, nur mündlich beim Reichsfinanzministerium beantragt worden.

Eine Reichstagsitzung = 9000 Mark! Das parlamentarische System hat Anhänger und Feinde: die einen preisen seine Vorzüge, die anderen schmähen seine Nachteile. Wenn folgermaßen die Ansichten über den sachlichen Wert des Parlamentarismus weit auseinandergehen, so sind doch in einer Hinsicht alle, Anhänger wie Gegner des Systems, einer Meinung: Das parlamentarische System ist ein teures System! Es ist interessant, einmal festzustellen, was dem deutschen Volke eine Sitzung seiner gewählten Reichsvertreter kostet. Diese Kosten lassen sich un schwer errechnen, wenn man den jährlichen Gesamtaufschuß, den der Reichstag erfordert, durch die Zahl der im Laufe eines Jahres stattfindenden Vollsitzungen dividiert. Auf diese Weise kommt man, wenn man die im Vorjahre stattgefundenen 91 Vollsitzungen zugrundelegt, zu dem ansehnlichen Betrag von 8984,40 Mark für eine Vollsitzung.

Die Städte zu der geplanten Umgestaltung der Veranlagungsstelle für öffentliche Kredite. Zu der geplanten Umgestaltung der Kreditberatungsstellen erfährt die Telegraphenunion aus kommunalpolitischen Kreisen, daß die Gemeinden, deren lebendiges Schicksal durch die Richtlinien in erster Linie betroffen wird, erst im allerletzten Augenblick Gelegenheit hatten, zu ihnen und sozusagen nur inoffiziell Stellung zu nehmen. Nach ihrer Ansicht wäre es vernünftiger und zweckvoller gewesen, statt der Verusche bürokratischer Regelungen den Weg einer Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu gehen.

Empfang der heimattreuen Ost- und Westpreußen beim Kanzler. Reichskanzler Dr. Brüning empfing in der Reichskanzlei in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen, sowie von Vertretern der Reichs- und preussischen Staatsministerien anläßlich der 10. Wiederkehr des Tages, an dem die Abstimmungen in Ost- und Westpreußen stattfanden, Abordnungen des Reichsverbandes heimattreuer Ost- und Westpreußen und des Schutzbundes. Der Reichskanzler dankte in warmen Worten allen Persönlichkeiten und Organisationen, die sich damals in aufopfernder Arbeit um die Erhaltung deutschen Bodens beim Vaterlande verdient gemacht haben.

Sachverständigenausschuß für Zusammenarbeit in der Zivilluftfahrt. In Genf trat ein Sachverständigenausschuß für internationale Zusammenarbeit in der Zivilluftfahrt zusammen. Der Ausschuss besteht aus 13 Sachleuten. Der deutsche Vertreter ist Geheimrat Regierungsrat Fisch vom Reichsverkehrsministerium. Die Verkehrsabteilung des Völkerbundsekretariats hat eine Reihe der bekanntesten Autoritäten des Luftfahrtwesens um ihre Auffassung über die Aufgaben des Sachverständigenausschusses gebeten, worauf bis jetzt Dr. Edeker, der Ozeanflieger Lindbergh und der italienische Luftfahrtminister Balbo kurze Zustimmungserklärungen eingesandt haben, in denen namentlich auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Vereinfachung und Vereinheitlichung des internationalen Luftverkehrswesens hingewiesen wird.

Steinwürfe gegen einen deutschen D-Zug im polnischen Korridor. Ein in Zoppot eingetroffener Berliner D-Zug ist in Polen auf der Strecke Gdingen-Kollebken mit Steinen beworfen worden, wobei eine Scheibe zertrümmert und eine Dame verletzt wurde.

Große Diebstähle bei einem polnischen Fliegerregiment. Die polnischen Sicherheitsbehörden sind großen Diebstählen bei dem 1. polnischen Fliegerregiment in Warschau auf die Spur gekommen. Der Magazinmeister des Regiments und 20 Mitschuldige wurden festgenommen. Aus dem Lager sind große Mengen Del und Benzin verschoben worden. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 100 000 Zloty.

Blutiger Zusammenstoß in Ägypten. Wie aus Kairo gemeldet wird, ist es bei einer von Nafas Pascha einberufenen Massenkundgebung der Wafd-Partei in Mansura zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Zwei Ägypter und zwei Polizisten wurden getötet. Ein Offizier und 26 Polizisten und Soldaten sind verletzt worden.

Englisch-indische Konferenz Mitte November. Das britische Kabinett hielt eine Sitzung ab, in der das Programm der englisch-indischen Konferenz im Zusammenhang mit der Erklärung Lord Irwins auf der gesetzgebenden Versammlung in Simla erörtert wurde. Die Erklärung des Vizekönigs wird nochmals zum Ausdruck bringen, daß die Konferenz keineswegs zur Annahme einer im voraus festgelegten Meinung, sondern zu einem freien Gedankenaustausch zusammenberufen wird, der nicht ohne Erfolg bleiben kann. Es sei unrichtig, daß der Simon-Bericht beiseite geschoben worden sei. Die Konferenz dürfte Mitte November beginnen.

**Senden Sie Ihren Angehörigen im Ausland das Heimatblatt: das Calwer Tagblatt!**

## Hochbetrieb in den Reichstagsausschüssen

### Außenleiter beim Milchgesetz.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde die zweite Lesung des Milchgesetzes abgeschlossen. Es kam dabei zu einer Auseinandersetzung innerhalb der Regierungsparteien über den neueingefügten Paragraph 37 a, der die Möglichkeit des Zusammenschlusses der Erzeugerbetriebe, sowie der mitverarbeitenden Betriebe vorsieht. Im Einverständnis mit der Regierung war von den Regierungsparteien eine neue Fassung für diesen Paragraphen beantragt worden, wonach in den Ausführungsbestimmungen genauer geregelt werden soll, in welcher Weise der Verbraucherschutz bei der Preispolitik der Zwangszusammenschlüsse gesichert werden soll.

Bei der Abstimmung blieben Regierung und Regierungsparteien mit 14 gegen 13 Stimmen in der Minderheit, da sich ein Vertreter der DVP, der Stimme enthielt und je ein Abgeordneter des Zentrums und der Demokraten mit der Minderheit gegen den Antrag der Regierungsparteien stimmte.

Diese den Verabredungen widersprechende und deshalb unerwartete Haltung zweier Abgeordneter der Regierungsparteien rief im Ausschuss beträchtliche Erregung hervor.

### Krankenversicherung — Krisenfürsorge.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages begann die Beratung der Novelle zur Krankenversicherung. Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium schilderte die Entwicklung der Krankenversicherung, deren Ausgaben in den letzten Jahren dauernd gestiegen seien. Beim Anhalten dieser Entwicklung würden im Jahre 1925 die Gesamtausgaben der Krankenversicherung 3 Milliarden betragen. Die Jahresausgaben für ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Arznei- und Heilmittel betragen jetzt schon in der Krankenversicherung beinahe 1,2 Milliarden. Das Durchschnittseinkommen eines Kasernenarztes betrug im Jahre 1923 11 000 Mark und sei noch weiter gestiegen. Wenn nur die erforderlichen 5000 Kasernenärzte vorhanden wären, dann würden auf jeden Kasernenarzt 18 000 Mark entfallen. Der vorliegende Entwurf sei geboren aus der Absicht, die Krankenversicherung gegen Möglichkeiten des Mißbrauchs zu schützen und die Unkosten zu verringern.

Die allgemeine Aussprache über den Entwurf wurde zu Ende geführt und die Einzelberatung verlag.

Der Ausschuss nahm dann einstimmig die von den Regierungsparteien vorgelegte Entschließung zur Krisenfürsorge an. Der Reichsarbeitsminister wird danach ersucht, die Dauer der Krisenunterstützung der Verschlechterung des Arbeitsmarktes anzupassen, bei der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge in stärkerer Weise die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu berücksichtigen, bei der Zuerkennung der Krisenunterstützung die Träger der gemeindlichen Fürsorge zu hören und Maßnahmen für einen Lastenausgleich der Gemeinden in der Frage der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zu treffen.



# Kirchliche Nachrichten

Evangelische Gottesdienste.

4. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, 18. Juli.  
Lied 15: Soll ich meinem Gott nicht singen (rhythm. Melodie), 8 Uhr Frühgottesdienst; Leuze.  
9,30 Uhr Hauptgottesdienst; Noos. Ansprache von Prälat D. Dr. Schöll. Anfangslied 408: O Gottes Sohn. Chorgesang: Lob und Preis sei Gott dem Vater von H. Schöll. Wie schön leuchtet der Morgenstern von Bach.  
11 Uhr: Christenlehre, Lächter des 1. Bez., Prälat D. Dr. Schöll.  
10,45 Uhr: Sonntagsschule im Vereinshaus.  
8 Uhr abends: Feier des Augsburger Bekenntnisses mit Lichtbildern, Chorgesängen und Sprechhörern. Ansprache:

Herrmann. Zugleich Eröffnungsfeier des Calwer Kirchenbezirksstags.  
Kirchenopfer für die abgebrannte Kirche in Bernloch, Def. Münsingen.

Donnerstag, 17. Juli.  
8 Uhr: Bibelstunde im Vereinshaus; Herrmann. Evangelium und weltliches Regiment.  
Freitag, 18. Juli.  
8 Uhr: Männerabend im Vereinshaus.

Katholischer Gottesdienst.

8 Uhr Frühmesse mit Homilie.  
10 Uhr Predigt und Amt.  
12 Uhr Predigt.  
Montag: 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell.

Mittwoch: 1/2 Uhr Gottesdienst in Bad Leinach.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Calw:  
Sonntag vorm. 9 1/2 Uhr: Predigt (Garisch, 11 Uhr: Sonntagsschule. 3 Uhr: Kinderfest (Calwer Hof). Mittwoch abend 8 1/2 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.

Stammheim:  
Sonntag vorm. 10 Uhr: Predigt. Nachm. 1 1/2 Uhr: Predigt (Stamm). Mittwoch abend 8 1/2 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.

Oberkollbach:  
Sonntag vorm. 10 Uhr: Predigt (Stamm). Nachm. 2 1/2 Uhr: Predigt. Dienstag abend 8 1/2 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.

## Stadtkapelle Calw

Wir beabsichtigen, im Laufe des Sommers Abonnementskonzerte zu veranstalten. Es sind 4 Konzerte geplant, die sich auf die Monate Juli bis September verteilen und zwar drei im Stadtpark je Sonntag vormittags von 11-12 Uhr und eines im Bad. Hof Samstag abend oder Sonntag nachmittag. Der Preis für eine Familienkarte beträgt RM. 2.—, für eine Einzelkarte RM. 1.—. In anderen Städten bestehen vielfach Musikvereine, wodurch die Ausfühbarkeit der Konzerte durch die Mitgliederbeiträge sichergestellt ist. Wir greifen auf die von früheren Jahren her bekannte Einrichtung der Abonnementskonzerte zurück, einestheils, weil wir die Gründung eines weiteren Vereins für die hiesigen Verhältnisse nicht für gegeben erachten, andernteils, um unsere aus circa 20 Mann bestehende Stadtkapelle erhalten zu können. Der Zeitpunkt der Konzerte wird jeweils im Calwer Tagblatt bekannt gegeben. Die Einzeichnungsliste wird in den nächsten Tagen in Umlauf gesetzt und würden wir uns freuen, bei der verehrlichen Einwohnerschaft von Calw Interesse und Unterstützung für unser Vorhaben zu finden.

I. A.: Musikdirektor Frank

Wirtl. staatl. Ruhestandsbeamtenverein  
Bezirk Calw

### Die Generalversammlung

findet am Sonntag, den 18. Juli 1930, nachmittags 3 Uhr im Badischen Hof in Calw statt.  
Wegen der sehr heißen Zeit (Notopfer und Gehaltskürzung), in der wir stehen, werden alle Vereinsmitglieder, Beamte und Abgeordnete, welche dem Verein noch nicht angehören, zum zahlreichen Besuch freundlichst eingeladen.

Die Vorstandschaft.

### Schreiner-Zwangs-Innung

Am Samstag, den 12. ds., mittags 1/2 3 Uhr, findet im Gasthaus zum „Döhlen“ in Calw unsere vierteljährliche Versammlung statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Calw und Umgebung zur gefälligen Kenntnisnahme, daß Sie

wieder Schuhwaren aller Art

finden bei Hermann Fischer, Badstraße 13.

Nagold  
Saalbau z. Löwen.  
Sonntag, den 18. Juli  
ab 8 Uhr

### Öffentliche Tanz-Unterhaltung

bei gutbesetzter Streichmusik  
Eintritt frei  
Vorauszahlung  
Es ladet höflich ein  
Musikkolleg Nagold

### LUGER

Schöne  
Tomaten  
Pfd. 22 Pfg.  
in ganzen Stelgen  
Pfd. 20 Pfg.

### LUGER

Lederstr. 15

Meiner werthen Kundschaft zur Nachricht, daß ich von heute an in sämtlichen Lagerartikeln einen

### Ausverkauf

habe und um damit zu räumen, dieselben billig absetze. Mein Lager besteht in  
irbenem Geschirr,  
Porzellan,  
Steingut,  
Einmachstaben zc.  
Albert Knoll  
Geschirrhändler  
Altburgerstraße 20  
neben Metzgerei Koller.

Suche auf 15. Juli

### Mädchen

im Alter von 17-20 Jahren für den Haushalt und welches auch, wenns fehlt, gern mit aufs Feld geht. Auch wäre ihr Gelegenheit geboten, sich in der Geflügelzucht und -haltung weiter auszubilden. Gute Behandlung und Bezahlung wird zugesichert.

Angeb. mit ev. Zeugnis und Lichtbild an

Frau Kenschler,  
Hirslanden  
D. Leonberg.

### Todes-Anzeige



Heute nacht entschlief nach kurzer schwerer Erkrankung unser herzenguter Vater

Karl Raefler, Apotheker.

In tiefer Trauer:

Frau A. Raefler; die Tochter Alice.

Beerdigung Samstag mittags 2 Uhr

Bad Leinach, 10. Juli 1930.

## NAGOLDGAU-SÄNGERBUND

Am 13. Juli 1930 findet in ALTBURG das

### 10. Gauliederfest

statt, verbunden mit 40jährigem Jubiläum und Fahnenweihe des Liederkranzes Altburg und großem Gesangswettstreit

von 24 Vereinen. Beginn des Preissingens 7<sup>30</sup> Uhr, mittags 2 Uhr Gruppen- und Massenschöre.

Samstag, den 12. Juli, abends 9 Uhr, Festbankett,  
Montag, den 14. Juli, mittags 1 Uhr, Kinderfest.

Jedermann ist freundlich eingeladen.

Der Festausschuß.

Anlässlich des Gauliederfestes in Altburg findet am Sonntag zwischen Altburg-Calw ein

### Auto-Pendelverkehr

statt.  
Abfahrt in Calw: Bahnhof und Marktplatz  
Abfahrt in Altburg: Gasthaus zur „Krone“.  
Martin Bühler und Wilhelm Reger.

### Schöne Herzkirschen

noch auf den Ästen verkauft am Samstag, den 12. Juli 1930, nachmittags 5 Uhr beim Calwer Hof.  
Calw, den 11. Juli 1930.

Stadtspflege.

### Zur Aufklärung

des Diebstahls, der am letzten Sonntag in meinem Hause verübt worden ist, bitte ich, diejenigen Personen mir mitzuteilen, welche irgend jemand in meinem oberen Hausflur (1. Stock) gesehen haben, da mir zu der Ermittlung des Täters noch einige Anhaltspunkte fehlen. Eine Belohnung wird zugesichert.  
Hennersath zur „Krone“  
Breitenberg

## Drucksachen

für Industrie, Handel und Private liefert in moderner Ausführung bei preiswerter Berechnung in kürzester Zeit. Kostenanschläge u. Vertreterbesuch unverbindlich

### Tagblatt-Druckerei

Calw, Lederstraße 23, Telefon 9.

## Luftkurort Hirsau

Heute Freitag, abends 8-10 Uhr

### Kuranlagen-Konzert

mit Tanz  
durch die Kurkapelle  
Kurverwaltung

## Einmach-Zucker

billigt!

Kristallzucker  
Grießzucker  
Sutzzucker

in kl. Broten  
u. ca. 18 Pfd.

Sämtliche  
Einmach-  
Gewürze

ferner empfehlen:

Neue  
Kartoffeln  
Pfd. 45 Pfg.

Somaten  
schöne reife Früchte  
Pfd. 22 Pfg.

Frische  
Gurken  
Stück 22 Pfg.

Frische grüne  
Bohnen  
Pfd. 25 Pfg.

Solln'stige  
Zitronen  
10 Stück  
75 u. 95 Pfg.

und  
5% Rabatt

### Pfannkuch

Ständ. Inserieren  
bringt Gewinn

### Rehrichteimer



in jeder Größe  
empfehlen

Carl Herzog  
Eisenhandlung

Papier-Fähnchen  
„-Gürlanden  
„-Lampions  
in großer Auswahl  
vorrätig bei  
Fr. Häubler  
Calw.

### Schmerz laß nach!

Reislose Gähneraugen-  
u. Hornhaut-Verheilung  
kein Verband - kein Pflaster  
kein Verschleien - kein Pinsel  
keine Salbe.  
Viele Anerkennungen  
nur 50 Pfg.  
August Schaufelberger  
Bürostengeschäft

Am Samstag morgen  
bringe ich

### schöne billige Einmach- Kirschen

auf den Markt  
bei der „Krone“.  
Ad. Wohlgenuth  
Altburg

### Herrschafts- Wohnung

von 5 Zimmern habe ich im  
Auftrag auf September -  
Oktober zu vermieten.  
Carl Keidert  
an der Brück.

Am Samstag find auf  
dem Wochenmarkt beim  
Marktbrunnen

Gelbe Rüben  
zu haben  
das Pfd. zu 15 Pfg.

### Sommer- Sprossen

auch in den hartnäckigsten  
Fällen, werden in einigen  
Tagen unter Garantie durch  
das echte unschädliche Teint-  
verschönerungsmittel „Ver-  
nus“ Stärke B beseitigt.  
Reine Schälkur. Pr. N 2.75  
Gegen Pickel, Mitesser  
Stärke A.

Ritter-Drogerie  
beim Hotel Adler.